

Politischer Jahresbericht

Arabischer Naher Osten / Palästina 2006/2007



Palästina

Büro Arabischer Naher Osten / Palästina Juli 2006-Juli 2007

Christian Sterzing

Heinrich-Böll-Stiftung
Büro Arabischer Naher Osten / Palästina
Tal az-Zaatar St. 6, Ramallah
Leitung: Christian Sterzing
P.O. Box 2018
Ramallah/Palestinian Territories
Fon: +972-2-29 61 121
Fax: +972-2-29 61 122
E-Mail: info@boell-ameo.org
Homepage: <http://www.boell-ameo.org>

Inhalt

Zusammenfassung	S. 2
1. Geteilte Heimat „Hamastan“ und „Fatahland“ in Palästina	S. 3
2. Konfliktmanagement statt Konfliktlösung	S. 7
3. Stillstand und Rückschritt: Die regionale Dimension der Demokratie- und Reformbemühungen	S. 10
Ausblick: Auf der Suche nach dem Strohalm	S. 12

Zusammenfassung

Das vergangene Berichtsjahr begann mit Kriegen im Gazastreifen und im Libanon und endete mit der blutigen Machtübernahme der islamistischen Hamas-Bewegung im Gazastreifen. Nicht intensive Friedensverhandlungen, sondern brüchige Waffenstillstände prägten die Lage. Nicht Bemühungen um Demokratie und Reform weckten neue Hoffnungen, sondern zunehmende Gewalt und staatliche Repression führten zu Verzweiflung und Resignation.

In den palästinensischen Gebieten hatten sich die Spannungen zwischen der Fatah- und der Hamas-Bewegung nach dem überraschenden Wahlsieg der Islamisten zugespitzt. Die neue Hamas-Regierung wurde mit einem finanziellen und politischen Boykott der westlichen Staaten belegt. Aufgrund der israelischen Besatzungs- und Belagerungspolitik, der westlichen Sanktions- und Isolierungspolitik und der Lähmung der PA durch die innerpalästinensischen Rivalitäten trieben die Gebiete an den Rand einer sozialen und humanitären Katastrophe, in den Bankrott und in bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen – vor allem im Gazastreifen. In den palästinensischen Gebieten verschlechterten sich die Lebensbedingungen rapide. Hamas wollte sich zur Beendigung des politischen und finanziellen Boykotts nicht den Bedingungen des Nahost-Quartetts unterwerfen, das sich wiederum nicht kompromissbereit zeigte, jedoch aus humanitären Gründen wenigstens Hilfszahlungen in die Gebiete schleuste.

Nach immer wieder aufbrechenden bewaffneten Auseinandersetzungen konnten sich Fatah und Hamas zwar auf die Bildung einer nationalen Einheitsregierung im März 2007 und eine gemeinsame politische Plattform einigen, doch die Kontrolle der bewaffneten Milizen und Sicherheitskräfte der rivalisierenden politischen Gruppierungen in Palästina blieb weiterhin strittig. Das Nahost-Quartett hielt seinen Boykott aufrecht. Um einem Putsch der Fatah-nahen Milizen zuvor zu kommen, riss Hamas in einer staatsstreichähnlichen blutigen Aktion im Juni 2007 die Macht im Gazastreifen an sich. Palästina ist nun praktisch politisch zweigeteilt. Die vom palästinensischen Präsidenten Abbas im Juni berufene Notstandsregierung unter Ministerpräsident Fayad verwaltet nur noch einen Teil der Gebiete. Israel und die westlichen Staaten haben die Finanzzahlungen an die PA wieder aufgenommen. Nun soll der Gazastreifen weiter boykottiert, das Westjordanland und der palästinensische Präsident aber besonders gefördert werden, um Hamas auf diese Weise in die Knie zu zwingen.

Eine Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses gelang nicht. Israel lehnt weiterhin substanzielle Verhandlungen ab, so dass sich derzeit keinerlei positive Perspektiven für den Friedensprozess abzeichnen. Unter Hinweis auf die palästinensischen Entwicklungen sind die Bemühungen um Demokratie und Reform in den meisten arabischen Ländern eingestellt und die staatliche Repression gegen oppositionelle, säkulare wie islamische Kräfte verschärft worden.

NB: Gemäß der geographischen Zuständigkeit des Büros Arabischer Naher Osten in Ramallah beleuchtet der Bericht nur ausgewählte Aspekte der Entwicklung in Palästina, Ägypten und Jordanien. Weitere Informationen zur Entwicklung im Nahen Osten sind in den Berichten der Büros Tel Aviv und Beirut enthalten.

1. Geteilte Heimat: „Hamastan und „Fatahland“ in Palästina

Mitte Juli 2007 verkündete der neue palästinensische Ministerpräsident Salam Fayad sein neues Programm, einen Rettungsplan für das Westjordanland, um dieses vor einem ähnlichen Schicksal wie dem des Gazastreifens zu bewahren. In einem ersten Schritt soll es um die Verbesserung der Lebensbedingungen für die PalästinenserInnen im Westjordanland gehen: Wiederaufnahme regelmäßiger Gehaltszahlungen für die öffentlich Bediensteten, Ankurbelung der Wirtschaft und Aufbau eines Wohlfahrtssystems zur Unterstützung der Armen und Bedürftigen. In der zweiten Phase wird dann Israel gebeten, die Bewegungshindernisse für Menschen und Güter zu reduzieren, eine unverzichtbare Voraussetzung für jeglichen wirtschaftlichen Aufschwung. In einem dritten Schritt soll eine Reform der Sicherheitsdienste in Angriff genommen werden, insbesondere die Entwaffnung der Milizen – allerdings nicht durch Konfrontation, sondern durch Dialog.

Die Absichten der neuen Notstandsregierung weisen eine verblüffende Ähnlichkeit mit den Plänen aller vorangegangenen palästinensischen Autonomie-Regierungen auf, die allerdings alle weitgehend Makulatur blieben. Nur eine entscheidende Differenz sticht ins Auge: Vom Gazastreifen ist nicht mehr die Rede. Die palästinensischen Gebiete, das für einen zukünftigen palästinensischen Staat vorgesehene Territorium, waren schon immer geographisch zweigeteilt in Westjordanland und Gazastreifen, seit Mitte Juni sind sie auch politisch geteilt. Die neue PA „regiert“ nur noch im Westjordanland, im Gazastreifen hat Hamas die Kontrolle übernommen, deren Führung die neue Regierung in Ramallah nicht anerkennt. Die „Zwei-Staaten-Regelung“ im Nahen Osten, seit Jahrzehnten Ziel aller Friedenspläne, hatten sich nicht nur die Palästinenser eigentlich anders vorgestellt. Heute ist die politische Zukunft der palästinensischen Gebiete ungewisser denn je.

„Staatsstreich“ der Wahlsieger: Zur innerpalästinensischen Entwicklung

Die Machtübernahme der Hamas-Bewegung im Gazastreifen wird zumeist als „Coup“, als gewaltsamer Staatsstreich bezeichnet. Doch hier riss keine militärische Clique die Macht an sich, sondern im Grunde eine um ihren Wahlsieg betrogene politische Kraft, die in demokratischen Wahlen im Januar 2006 eine überwältigende parlamentarische Mehrheit errungen hatte. Dieser überraschende Wahlsieg wurde von der Fatah, die seit vierzig Jahren die palästinensische Bewegung und seit Mitte der 90er Jahre auch die PA dominierte, nie akzeptiert. Von Anfang an hat sie auf den Sturz der Hamas gesetzt und sich dabei keineswegs auf demokratische oder rechtsstaatliche Mittel verlassen.

„So ...tritt Hamas in erster Linie für die Belange der Palästinenser ein. Sie ist mithin eine nationale, eine nationalistische palästinensische Organisation in islamischem Gewand. Das religiöse Selbstverständnis jedoch ist stark genug, um eine wirkliche Anerkennung Israels zu meiden. Doch die muslimische politische Semantik erlaubt auch eine Koexistenz mit Israel unterhalb der Qualität eines vollen Friedens – etwa einen über lange Dauer währenden Waffenstillstand mit einem zeitlich offenen Ende, eben eine Hudna.“¹

Der Wahlsieg der Hamas bedeutete einen Erfolg für die gemäßigten Kräfte innerhalb von Hamas, die sich seit Jahren – trotz und gegen heftige innere Widerstände – für eine Integration der islamistischen Bewegung in das politische System eingesetzt hatten. Sogar als überwältigende Wahlsieger setzten sie nicht triumphalistisch auf eine Alleinregierung (sie erlangten im PLC fast eine Zweidrittel-Mehrheit), sondern versuchten die unterlegene Fatah einzubinden. Nachdem dies nicht gelang, bildete sie im März 2006 unter dem Ministerpräsidenten Ismael Haniyeh eine gemischte Regierung aus Hamas-Repräsentanten und Unabhängigen. Doch Hamas gelangte so zwar an die Regierung, doch nicht an die Macht.

- Der internationale und israelische Finanzboykott,
- die politische Isolierungsstrategie der westlichen Staaten,
- die zunehmende wirtschaftliche Strangulierungspolitik Israels vor allem gegenüber dem Gazastreifen
- und die Kooperationsverweigerung des gesamten, von der Fatah dominierten öffentlichen Verwaltungsapparats

machten Hamas eine Ausübung der Regierungsgewalt faktisch unmöglich. Es kam nicht einmal zu einem Mindestmaß an „Kohabitation“ zwischen dem der Fatah angehörenden Präsidenten Mahmud Abbas (Abu Mazen) und der Hamas-geführten PA. Zwar wurden immer wieder Gespräche („nationaler Dialog“) geführt, doch die politischen Führungen beider Lager versagten in dramatischer Weise bei dem Versuch eines friedlichen Ausgleichs ihrer konkurrierenden Machtansprüche. Sowohl in Hamas als auch in Fatah gewannen letztendlich diejenigen Kräfte die Oberhand, die auf Konfrontation setzten.

Der innerpalästinensische Machtkampf spitzte sich immer wieder an der Frage der Kontrolle über die so genannten Sicherheitskräfte zu. Fatah war nicht bereit, die Kontrolle einem nicht

¹ Dan Diner, „Warten auf den siebten Tag“, in: Neue Zürcher Zeitung, 2. Juni 2007

der Fatah angehörigen Minister zu übertragen. Der Aufbau eigener „Sicherheitskräfte“ durch die Hamas verschärfte die Rivalitäten und führte immer wieder – vor allem im Gazastreifen – zu neuen gewaltsamen Auseinandersetzungen, die schon um den Jahreswechsel 2006/ 2007 bürgerkriegsähnliche Dimensionen annahm, bei denen Hunderte ums Leben kamen. Der Gazastreifen versank mit zunehmender Geschwindigkeit in Chaos und Anarchie, denn dort standen sich nicht etwa nur zwei bewaffnete Gruppierungen von Fatah und Hamas gegenüber, sondern unzählige unkontrollierbare Milizen verschiedener Clans, krimineller Gangs und politischer Gruppen. Die öffentliche Ordnung brach weitgehend zusammen. Der schleichende Prozess eines „Staatszerfalls schon vor der Staatsgründung“ gewann immer mehr an Fahrt. Unübersehbar war, dass sich trotz aller (kurzlebigen) Waffenstillstände und Einigungsgespräche sowohl Fatah als auch Hamas mit weiteren Waffen versorgten und der finale „Showdown“ im Gazastreifen nur noch eine Frage der Zeit war.

Der Versuch, auf Vermittlung des saudi-arabischen Königs mit dem Mekka-Abkommen die Grundlage für eine geordnete Teilung der Macht und eine Regierung der Nationalen Einheit zu schaffen, scheiterte. Die Regierung kam zwar nach langwierigen Verhandlungen unter Beteiligung fast aller politischen Kräfte in Palästina zustande, doch zur dauerhaften Befriedung konnte sie nicht beitragen, weil insbesondere hinsichtlich der Kontrolle über die Sicherheitskräfte keine Einigung erzielt wurde. Insbesondere die Berufung von Mohammed Dahlan, dem vermeintlich „starken Mann“ der Fatah im Gazastreifen, zum Sicherheitsbeauftragten des Präsidenten, wurde als Kampfansage an Hamas verstanden. Dahlan, der – allerdings nur aufgrund seines Alters – zur „jungen Garde“ gezählt wird und kaum als demokratische Lichtgestalt bezeichnet werden kann, hatte es Mitte der 90er als einziger gewagt, militärisch gegen Hamas vorzugehen. Er befahl praktisch die „Preventive Security Forces“, die stärkste und am besten ausgebildete Fatah-Truppe. Ihm allein traute man in Tel Aviv und Washington zu, Hamas militärisch in Schach zu halten.

Hamas erkämpfte sich dann im Juni 2007 mit einem überraschenden, insbesondere auch überraschend kurzen, generalstabsmäßig geplanten und blutigen Schlag die Macht in Gaza. Für den Zeitpunkt werden wohl für Hamas drei Gründe wesentlich gewesen sein:

- Das Scheitern der Einheitsregierung hatte gezeigt, dass Fatah an einer echten Machtteilung gemäß dem Mekka-Abkommen nicht interessiert war.
- Hamas war enttäuscht, dass ihre Bereitschaft zur Bildung einer Einheitsregierung und – aus ihrer Sicht – weitgehende Zugeständnisse gegenüber den westlichen Forderungen des Nahost-Quartetts nicht mit Lockerungen der Sanktionspolitik gewürdigt wurden.
- Die zunehmende Unterstützung der Fatah mit Waffen ließ den Schluss zu, dass ein Putsch-Versuch der Fatah zu befürchten war.

Der überraschend schnelle Zusammenbruch der Fatah-Kräfte wird zum einen darauf zurückgeführt, dass fast die gesamte Fatah-Führung außer Landes war. Zum anderen standen die zersplitterten, teilweise untereinander rivalisierenden, generell wenig motivierten Fatah-Milizen einer disziplinierten, schlagkräftigen Übermacht gegenüber. Die viel beachtete Rücksichtslosigkeit und Brutalität im „Bruderkampf“ ist allerdings weder ein besonderes palästinensisches noch islamistisches Spezifikum, sondern ein aus anderen Bürgerkriegen bekanntes Phänomen. 40 Jahre militärische Besatzung und bewaffneter Widerstand haben einen Gewaltkult generiert, der sich – unabhängig von der politisch-ideologischen Rechtfertigung – in einer von Waffen strotzenden Gesellschaft erfahrungsgemäß auch nach innen richtet. Die relativ geringe Zahl an zivilen Opfern deutet darauf hin, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen weniger den Charakter eines Bürgerkriegs trugen als den eines Kampfes zwischen bewaffneten Milizen.

1.2 Bankrott und Bürgerkrieg: Zur Sanktionspolitik des Nahost-Quartetts

Fatah wurde in seiner Position und seinem Agieren gegenüber Hamas durch die westliche Sanktions- und Isolierungspolitik unterstützt. Diese setzte – entgegen allen Warnungen ebenso wie die Fatah – nicht auf Dialog, sondern auf – notfalls gewaltsame – Konfrontation. Die sofort nach dem überraschenden Wahlausgang im Frühjahr 2006 beschlossene Boykottpolitik des Nahost-Quartetts gegenüber einer Hamas-geführten Regierung hat damit den Weg in den palästinensischen Bürgerkrieg beschleunigt. Das Kalkül Israels und der westlichen Staaten war offensichtlich: Die Streichung der finanziellen Zuwendungen für die PA und die völkerrechtlichen Verpflichtungen widersprechende Einbehaltung der für den Haushalt der PA wesentlichen Steuer- und Zolleinnahmen durch Israel sollte in wenigen Monaten zum wirtschaftlichen Kollaps und zum Sturz der Hamas-Regierung führen und Fatah wieder an die Macht bringen. Hamas versuchte jedoch – insbesondere nach dem Mekka-Abkommen nicht ohne Erfolg –, andere Finanzquellen im Iran und anderen arabischen Staaten zu finden, wenn sich auch der Transport der Geldmittel in den Koffern von Regierungsmitgliedern oftmals schwierig gestaltete. Das Kalkül, Hamas in die Knie zu zwingen, ging nicht auf, weil die PalästinenserInnen für die katastrophalen Auswirkungen nicht Hamas, sondern die westlichen Staaten verantwortlich machten. So zeitigte der Finanzboykott eher Solidaritätseffekte, denn die PalästinenserInnen fühlten sich durch diese Politik zu Unrecht kollektiv für eine politisch nicht genehme demokratische Wahl bestraft. Wenn sich auch in den letzten Monaten in Meinungsumfragen Popularitätsverluste der Hamas abzeichneten, so korrespondieren diese doch keineswegs mit Gewinnen für die Fatah.

Die finanzielle Austrocknung und die mangelnde Kooperation zwischen dem Präsidialamt, das immer mehr zu einer Parallelregierung ausgebaut wurde, machte den palästinensischen Verwaltungsapparat weitgehend funktionsuntüchtig. 15 Monate erhielten die Angestellten des öffentlichen Dienstes keine Gehaltszahlungen, was in vielen Bereichen zu monatelangen Streiks und Arbeitsverweigerungen führte. Die EU richtete zwar

aus humanitären Gründen einen besonderen Finanzierungsmechanismus ein (TIM – Temporary International Mechanism), um an der PA vorbei in Kooperation mit dem Präsidentenamt des Mahmud Abbas direkte Sozialhilfe-Zahlungen vor allem an Bedürftige und Bedienstete (die nicht der Hamas angehörten) in zentralen Dienstleistungsbereichen wie dem Erziehungs- und Gesundheitssektor zu leisten. Damit konnte eine soziale Katastrophe in den palästinensischen Gebieten, vor allem im weitgehend abgeriegelten Gazastreifen, verhindert werden.

Die drei Bedingungen des Nahost-Quartetts für eine Beendigung des finanziellen und des politischen Kontaktverbots der palästinensischen Regierung verschütteten Möglichkeiten zum Dialog und zur differenzierten Einflussnahme auf die politischen Entwicklungen.

„Hamas ist bereit, sich mit Israel über Angelegenheiten des täglichen Lebens direkt auseinanderzusetzen und über substanziellere indirekt. Sie wird Verhandlungen zwischen Abbas und Olmert hinnehmen und sich an jedes Abkommen halten, das durch eine Volksabstimmung ratifiziert wurde. Israel anerkennen wird Hamas hingegen nicht. Das ist bedauerlich. Aber ist es tatsächlich die Sache wert, die Region in größeres Chaos zu stürzen, weil Hamas Israel die Legitimität nicht gewähren wird, die dem jüdischen Staat von so gut wie jeder Nation der Welt zuerkannt wird?“²

In schier endlosen Verhandlungen zwischen dem Präsidenten Abbas und der Hamas-Führung wurde um Formulierungen gerungen, die ein Eingehen auf die Forderungen des Nahost-Quartetts, jedoch keine Unterwerfung signalisieren sollten. Erhebliche, wenn auch aus westlicher Sicht nicht ausreichende Zugeständnisse von Hamas vor allem in der Plattform der neuen Einheitsregierung vom März 2007, weckten Hoffnungen auf ein Ende des Boykotts, die jedoch enttäuscht wurden. Die Sanktionen wurden fortgesetzt. Warum sollten Hamas und Fatah sich also weiter den Zwängen eines fruchtlosen Machtteilungsarrangements unterwerfen? Politische Beobachter interpretierten die westlichen Reaktionen - bzw. deren Ausbleiben - auf die Bildung der Einheitsregierung als implizite Aufforderung an Fatah zum Putsch, zumal die militärische Hilfe für Fatah von Israel und den USA erheblich verstärkt wurde.

1.1 Demokratiehilfe à la carte:

Zur westlichen Demokratisierungspolitik

Das Scheitern westlicher Nahostpolitik hat viele Facetten: Sie warf den demokratischen Transformationsprozess um Jahre zurück und stärkte die Hardliner in beiden politischen Lagern.

² Henry Siegman/Robert Malley, „Der Hamas-Faktor“, in: International Herald Tribune, 12. Dezember 2006

Die weitgehende Umwidmung finanzieller Zuwendungen zu humanitären Notstandshilfen hat unter developmentpolitischen Gesichtspunkten verheerende Folgen, weil viele der (wenigen) Reformen der letzten Jahre rückgängig gemacht wurden. Hatten die EU und das Nahost-Quartett jahrelang die PA zu Reformen gedrängt, so wurde durch den plötzlichen Politikwandel all das wieder eingerissen, was in den Jahren zuvor mühsam an Infrastruktur aufgebaut worden war. Zielte man zu Lebzeiten Arafats auf eine Schwächung des Präsidentenamtes und eine auch konstitutionelle Stärkung eines aufgrund westlicher Wünsche neu geschaffenen Ministerpräsidentenamtes, so wurde nun genau das Gegenteil propagiert. Die Bemühungen um transparente PA-Finanzen fielen nun dem Bedürfnis nach Schaffung alternativer Finanzierungswege zum Opfer. Der neu eingerichtete TIM ist korruptionsanfällig, da er humanitäre Zahlungen nur an politisch genehme Menschen zulässt. Da auch Hamas-geführte Kommunalverwaltungen von Entwicklungshilfeszahlungen ausgenommen wurden, führte der Boykott zur Schaffung kreativer Umgehungsregelungen und zum Aufbau von Parallelstrukturen. Die einstmals geforderte Reform und Zusammenführung der rivalisierenden Sicherheitskräfte beim Innenministerium war angesichts eines Hamas-Innenministers natürlich nicht mehr opportun.

Die palästinensischen Entwicklungen können in ihrer exemplarischen Bedeutung für die demokratischen Transformationsprozesse in der Region kaum überschätzt werden. War in den letzten Jahren in den meisten arabischen Staaten eine Integrationsstrategie der islamistisch-fundamentalistischen Bewegungen - vor allem in Palästina, Ägypten, Jordanien und im Libanon zu beobachten, die auf eine Einbindung in die jeweiligen politischen Systeme und Beteiligung an Wahlen gerichtet war, so haben die Vertreter dieses gemäßigten Kurses nun an Boden verloren. Warum sich an demokratischen Wahlen beteiligen, wenn ein ungewolltes Ergebnis weder von den anderen politischen Kräften im Lande noch vom Ausland akzeptiert wird?

„Das Experiment einer zur Integration in die Politik bereiten Variante des politischen Islam – durch freie Wahlen in Regierungsverantwortung zu gelangen, sich den demokratischen Spielregeln zu unterwerfen und trotz Wahlsieg die Macht mit den Verlierern zu teilen – kann als gescheitert gelten.“³

Der Hinweis auf die palästinensischen Entwicklungen dient jetzt den autokratischen bis diktatorischen Regimen in der arabischen Welt immer häufiger dazu, sich demokratischen Reformen zu verweigern. Warum demokratische Wahlen durchfüh-

³ Margret Johannsen, „Dschihadistan in Palästina?“ In: Internationale Politik, Juli/August 2007

ren, wenn dies nur den Islamisten zur Macht verhilft - und es dann möglicherweise nicht nur die ersten, sondern auch die letzten demokratischen Wahlen sein werden? Unübersehbar ist, dass sich der Reformdruck der westlichen Industrienationen, die vor Jahren noch die Demokratisierung der arabisch-islamischen Welt auf ihre Fahnen geschrieben hatten, spürbar reduziert hat.

Zum tief greifenden Glaubwürdigkeitsverlust westlicher Demokratiehilfe hat neben dem instrumentellen Umgang mit Demokratisierungsforderungen auch die besondere Behandlung beitragen, die man den palästinensischen Islamisten zuteil werden lässt. Westliche Regierungen sprechen z. B. mit den Islamisten in Teheran und Riad. Auch wurden Einheitsregierungen, an denen wie z. B. im Libanon Islamisten (Hisbollah) beteiligt waren, keineswegs überall einem finanziellen und politischen Boykott unterworfen.

So trug diese widersprüchliche Nahostpolitik durchaus zur Stärkung der radikalen Kräfte in Palästina bei. Nicht nur in Hamas, wo die Vertreter eines gemäßigten Kurses eineinhalb Jahre nach ihrem überwältigenden Wahlsieg mit leeren Händen dastehen, sondern auch innerhalb von Fatah. Die „alte Garde“, die schon dem Demokratisierungsprozess skeptisch gegenüber stand, sah sich durch das Wahlergebnis und durch die westliche Politik in ihrem antidemokratischen Kurs bestätigt. Diese zum Teil korrupte, zum Teil warlord-ähnliche Funktionärselite der PA war nicht bereit, ihre Positionen und Pfründe aufzugeben und die Regierungsgewalt der demokratisch gewählten neuen Mehrheit zu übergeben. Sie fühlte sich von der westlichen Isolierungspolitik unterstützt, schienen der Sturz der Hamas und die Rückkehr an die Macht doch nur eine Frage der Zeit zu sein – ohne sich auf so riskante Manöver wie demokratische Wahlen einlassen zu müssen. Hinzu kam, dass die bewaffneten Gruppen in und nahe der Fatah zum Teil mit Entführungen und Morden nicht unwesentlich zur Auflösung von Recht und Ordnung beitrugen. Sie entzogen sich der Kontrolle der politischen Führung, die allerdings nicht sehr unglücklich über die Entwicklung zur Anarchie zu sein schien, bewies dies doch die Handlungsunfähigkeit der Hamas-„Regierung“. Die reformwilligen Kräfte in der Fatah, die auf demokratische Reformprozesse innerhalb der Bewegung und auf eine politische Auseinandersetzung mit Hamas drängten, wurden marginalisiert. Nach der verheerenden Wahlniederlage im Januar 2006 ist somit eine demokratische und politische Erneuerung der Fatah ausgeblieben, die sich mehr denn je als völlig fragmentierte Bewegung darstellt, deren rivalisierende Gruppierungen jedenfalls nicht mehr von politischen Überzeugungen zusammengehalten werden.

1.4 Besatzung und Belagerung: Zur Fragmentierung der palästinensischen Gebiete

Im Laufe des Jahres verschlechterten sich die Lebensverhältnisse im Gazastreifen immer mehr. Der finanzielle Boykott und die wirtschaftliche Strangulierungspolitik Israels gegenüber dem Gazastreifen, die nur noch die Versorgung mit humanitären Gütern zuließ, förderte die „Afrikanisierung“ dieses schmalen, überbevölkerten Landstrichs: Etwa 2/3 der Bevölkerung sind von ausländischer Hilfe abhängig, das wirtschaftliche Leben in die-

sem belagerten „größten Freiluftgefängnis der Welt“ ist praktisch zusammengebrochen. Der „Sommerkrieg“ 2006, der ja nicht nur im Libanon und Nordisrael stattfand, sondern auch im Gazastreifen, zog aufgrund der Bombardierungen die Infrastruktur im Gazastreifen schwer in Mitleidenschaft. Noch heute sind Unterbrechungen der Strom- und Wasserversorgung an der Tagesordnung. Angesichts der andauernden weitgehenden Schließung der Grenzübergänge mangelt es an wirtschaftlichen Perspektiven, denn Israel übt weiterhin die Kontrolle über alle Zugänge zum Gazastreifen zu Lande, zu Wasser und in der Luft aus. Nicht nur die immer wieder aufflammenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Fatah- und Hamas-Milizen prägen den Alltag, sondern zunehmende Gewalt zwischen kriminellen Gangs, verfeindeten Clans und irredentistischen Gruppen.

Immer wieder verkündete Waffenstillstände führten nur vorübergehend zur Beruhigung. Militante Gruppen feuerten weiterhin Qassam-Raketen auf israelisches Gebiet, das israelische Militär bombardierte und beschoss vermeintliche Raketenwerkstätten, nahm gezielte Tötungen vor und marschierte mehrmals kurzfristig in den Gazastreifen ein. Kurze „Ruhephasen“ und Waffenruhen im Gazastreifen nutzte Israel immer wieder für ein umso heftigeres Vorgehen im Westjordanland. Der Forderung aller palästinensischen Gruppen nach einem umfassenden Waffenstillstand im Gazastreifen und dem Westjordanland kam Israel unter Hinweis auf den fortgesetzten Qassam-Beschuss aus dem Gazastreifen und terroristischer Aktivitäten im Westjordanland nicht nach.

Der Finanzboykott und die Fragmentierung der palästinensischen Gebiete haben auch im Westjordanland zu hoher Arbeitslosigkeit geführt und wirtschaftliches Wachstum weitgehend unmöglich gemacht (das Bruttosozialprodukt sinkt faktisch seit Jahren und liegt weit unter dem vor dem Beginn der Intifada). Die Präsenz der Besatzungsmacht, die täglichen Razzien, Verhaftungsaktionen und militärischen Eingriffe haben paradoxerweise sowohl eine Normalisierung des Lebens verhindert als auch anarchische Verhältnisse wie im Gazastreifen. So haben sich die Lebensverhältnisse in beiden Landesteilen immer weiter auseinander entwickelt, zumal Israel die Bewegung von Menschen und Gütern zwischen beiden Landesteilen fast völlig unterband und damit seine Verpflichtungen aus dem Abkommen über „Movement und Access“, von der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice im November 2005 vermittelt, nicht erfüllte.

Die desaströsen Entwicklungen haben nicht etwa erst nach dem Wahlsieg der Hamas und mit dem internationalen Finanzboykott im Frühjahr 2006 eingesetzt, sondern sind durch diese „nur“ dramatisch beschleunigt worden. Die mit dem Rückzug Israels aus dem Gazastreifen verbundenen Hoffnungen auf geordnete Verhältnisse haben sich nicht realisiert. Auch wenn man berücksichtigt, dass der Belagerungszustand im Gazastreifen kaum eine „normale“ Entwicklung zuließ, so wurden doch auch die geringen Chancen für einen Aufbau demokratischer, (vor)staatlicher Strukturen durch die PA nicht genutzt. Abu Mazen war unfähig und/oder nicht willens, sich gegen die militan-

ten Kräfte in Fatah und Hamas durchzusetzen, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und einen konsequenten Waffenstillstand zu garantieren. Seine Appelle konnten die notwendigen Taten nicht ersetzen. Doch er erhielt für seinen Einbindungskurs gegenüber Hamas und anderen militanten Gruppen und für seine Verhandlungsangebote gegenüber Israel auch in der eigenen Fatah nur begrenzten Rückhalt. Die friedenspolitische Immobilität sowohl Israels als auch des Nahost-Quartetts trug ihren Teil zur Schwächung des palästinensischen Präsidenten bei.

2. Konfliktmanagement statt Konfliktlösung

Im Sommer 2006 hat der Krieg im Gazastreifen und im Libanon die Kräfteverhältnisse in der Region verändert und einen Frieden zunächst in weite Ferne gerückt. Zwar wurden nach dem Waffenstillstand (UN-Resolution 1701) im israelisch-libanesischen Krieg auch auf politischer Ebene Stimmen laut, die eine verstärkte Beschäftigung mit dem regionalen Kernkonflikt, der israelisch-palästinensischen Auseinandersetzung, versprachen, doch bislang ist es nicht einmal zur Wiederaufnahme substanzieller Verhandlungen gekommen.

„Ohnehin scheinen die jahrelangen Bemühungen, einen israelisch-palästinensischen Frieden bilateral zu erreichen, auszulaufen. An ihrer Statt scheint eine Arabisierung der Konfliktlösung anzustehen (...) Jetzt, vierzig Jahre nach dem Junikrieg 1967, wird [die gesamtarabische Friedensinitiative] an Israel herangetragen. Recht eigentlich handelt es sich dabei um die Rücknahme der damals aus Khartum erschallenden drei Nein. Nunmehr heißt es ja zu Gesprächen mit Israel; ja zur Anerkennung Israels; ja zum Frieden mit Israel.“⁴

Auf den mit zunehmender Frequenz arrangierten israelisch-palästinensischen Gipfeltreffen, zum Teil unter amerikanischer und ägyptisch-jordanischer Beteiligung, werden nahostpolitische Aktivitäten nur vorgetäuscht. Auch syrische Verhandlungsangebote wurden von Israel bislang ignoriert. Vereinzelte Versuche europäischer politischer Akteure, die israelisch-amerikanische Blockade aufzubrechen, blieben erfolglos.

2.1 Rhetorik statt Politik, Fototermin statt Verhandlungen: Zur aktuellen Nahostdiplomatie

Die Beschlüsse des Nahost-Quartetts knüpften ein Ende des politischen und finanziellen Boykotts an die Anerkennung des Existenzrechts Israels, an das Bekenntnis zu den Prinzipien der Gewaltlosigkeit und die Akzeptanz aller bilateralen Vereinbarungen zwischen Israel und den Palästinensern. Damit hatte das Quartett die Latte nicht nur sehr hoch gehängt, sondern sich durch die übereilten und wenig bedachten Beschlüsse auch der

Möglichkeiten differenzierter politischer Reaktionen auf Veränderungen, positiver Einflussnahme und konstruktiver Gestaltung der politischen Prozesse begeben. Den Bedingungen mangelte es nicht nur an Reziprozität im Hinblick auf Israel – es hätte durchaus Anlass gegeben, auch die israelische Regierung an Prinzipien der Vertragstreue zu erinnern –, sondern sie waren auch überzogen, denn man wollte sich ja beispielsweise nicht mit einem Gewaltverzicht wie im Oslo-Abkommen zufrieden geben, sondern forderte ein Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit – angesichts eines Zustands bewaffneter, militärischer Okkupation und fortgesetzter Verletzungen völker- und menschenrechtlicher Verpflichtungen durch Israel ein kühnes Ansinnen.

Es wurde bald deutlich, dass nicht eine Politikänderung der Hamas, sondern deren Sturz angestrebt wurde, denn alle Zugeständnisse der palästinensischen Regierung blieben ohne jegliche Reaktion. Zweifellos hat Hamas die Bedingungen nicht erfüllt, doch bedeutsame Schritte in diese Richtung sind getan worden,

- in dem man zwar keine Anerkennung des Existenzrechts Israels aussprach, jedoch für einen palästinensischen Staat in den von Israel besetzten Gebieten plädierte,
- in dem man sich zwar nicht zur Gewaltlosigkeit bekannte, sondern einen wechselseitigen langfristigen Waffenstillstand vorschlug, und
- in dem man sich in der Grundsatzklärung der Einheitsregierung auf die Resolutionen der Arabischen Liga und des Palästinensischen Nationalrats sowie die zwischen der PLO und Israel getroffenen Vereinbarungen bezog.

Das kommt im Kern einer Anerkennung der Zwei-Staaten-Regelung gleich. Dennoch waren diese Entwicklungen für das Nahost-Quartett kein Anlass, seine auf Bankrott und Konfrontation gerichtete Politik zu überdenken.

„Dabei hätte das Regierungsprogramm [der Einheitsregierung] die Ausgangsbasis für einen Dialog bieten können, denn es trug den Forderungen des Quartetts weitgehend Rechnung: Das Programm nahm Bezug auf Dokumente, die die Regierung auf den Oslo-Rahmen, eine Zweistaatenregelung sowie die konditionierte Anerkennung Israels gemäß der Friedensinitiative der Arabischen Liga von 2002 verpflichteten.“⁵

Zwar waren die Differenzen im Nahost-Quartett und innerhalb der EU über den Umgang mit Hamas offensichtlich. UN und

⁴ Dan Diner, Warten auf den siebten Tag, in: Israel & Palästina, Zeitschrift für Dialog, Heft 2/2007

⁵ Muriel Asseburg, „Hamastan vs. Fatahland“ – Fortschritt in Nahost? In: SWP-Aktuell 35, Juli 2007

Russland zeichneten sich nicht durch eine strikte Einhaltung der Quartett-Beschlüsse aus und von EU-Vertretern waren des Öfteren mildere Töne gegenüber der PA zu hören. Doch die unnachgiebige Haltung der USA setzt sich letztendlich immer durch. Das Nahost-Quartett wurde immer mehr zu einem Instrument der Umsetzung amerikanisch-israelischer Politik, unfähig zu irgendwelchen politischen Initiativen.

Ein Grund für die friedenspolitische Immobilität liegt in der Tatsache, dass sowohl die israelische als auch die palästinensische Führung während des vergangenen Jahres politisch handlungsunfähig waren – und auf absehbare Zeit wahrscheinlich auch bleiben. Die Regierung Israels war nach dem militärischen Debakel des Libanon-Krieges im Wesentlichen mit ihrem politischen Überleben beschäftigt. Zwar verabschiedete sich die israelische Regierung von der seit Jahren verfolgten Politik des Unilateralismus, dem politischen Kernelement des Regierungsprogramms des Ministerpräsidenten Olmert, doch das dadurch entstandene programmatische Vakuum wurde durch keine neue Konzeption, Vorstellung oder Idee, wie man mit den PalästinenserInnen zu einem Frieden gelangen könnte, ersetzt. Auch in Palästina waren die politischen Akteure vornehmlich mit innenpolitischen Problemen beschäftigt (siehe oben). Die monatelangen Verhandlungen über ein „Dokument der nationalen Einheit“ und schließlich über die Plattform für die Einheitsregierung, in denen eine gemeinsame Linie gegenüber den Forderungen des Quartetts festgelegt werden sollte, offenbarten ein hohes Maß an diplomatischer Formulierungskunst, absorbierten jedoch auch viel Kraft und Energie.

Ein weiterer Grund lag offensichtlich in dem mangelnden Interesse Israels an einer Rückkehr zum Verhandlungstisch. Allen Versuchen des palästinensischen Präsidenten, doch endlich wieder in substanzielle Verhandlungen über eine Endstatus-Regelung einzutreten, hat der israelische Ministerpräsident widerstanden. So hat er zwar auf amerikanischen Druck zweiwöchentlichen Treffen mit dem palästinensischen Präsidenten zugestimmt, doch sich versichern lassen, dass über wesentliche Fragen einer Friedensregelung nicht gesprochen wird. Erfolgreich hat er sich bislang auch den Absichten der israelischen und amerikanischen Außenministerinnen, Tzipi Livni und Condoleezza Rice, erwehrt, die Erörterung „politischer Perspektiven“ auf die Tagesordnung zu setzen. Werden die vereinbarten Termine nicht mangels substanzieller Tagesordnung ganz abge sagt, so sind sie zu Fototerminen verkommen, die das unermüdete Bemühen des Präsidenten Bush und des Premiers Olmert um den Frieden im Nahen Osten dokumentieren sollen. Das jüngste regionale Gipfeltreffen, von dem ägyptischen Präsidenten Mubarak nach der Machtübernahme von Hamas „zur Unterstützung Abu Mazens“ in Scharm el-Scheich organisiert, hat dieses Muster derzeitiger Nahostpolitik deutlich vor Augen geführt: Die vier Gipfelteilnehmer saßen jeweils in gehörigem Abstand (4-5 m) an riesigen Tischen (hinter ihnen in mehreren Reihen die Berater), von denen sie ihre vorbereiteten Reden verlasen – zweifellos kein besonders gesprächsfreundliches Setting.

Ein weiteres Indiz für die mangelnde Gesprächsbereitschaft der derzeitigen israelischen Regierung ist die Tatsache, dass auf das palästinensische Angebot von Verhandlungen mit der PLO nie eingegangen wurde. Bemerkenswerterweise findet sich in fast allen gemeinsamen Dokumenten von Fatah und Hamas der deutliche Hinweis auf die (völkerrechtliche) Zuständigkeit der PLO, deren Vorsitzender der palästinensische Präsident Mahmud Abbas ist, für Verhandlungen mit Israel und die Verpflichtung der Hamas, den Ausgang eines Referendums über das Verhandlungsergebnis anzuerkennen. Das Potential dieses Auswegs aus der diplomatischen Sackgasse wurde nie ausgelotet.

2.2 Danaergeschenke? Zur westlichen Unterstützung für Abu Mazen

Oft ist in der Nahostgeschichte von den verpassten Gelegenheiten die Rede. Die fehlende Unterstützung für Abu Mazen von Seiten Israels und des Nahost-Quartetts dürfte in diese lange Liste einzureihen sein. Die Lautstärke, mit der nach der Machtergreifung der Hamas im Gazastreifen nun die Wertschätzung des palästinensischen Präsidenten beschworen wird, deutet darauf hin, dass man das Versäumte, das ja eine nicht unwesentliche Ursache für den Wahlsieg der Hamas war, nun nachzuholen gedenkt. „Zu spät, Du rettetest den Freund nicht mehr ...“? (Schiller)

Politische Beobachter sind sich weitgehend darüber einig, dass die völlige Erfolglosigkeit der Politik Abu Mazens gegenüber Israel ein wesentlicher Grund für seine innenpolitische Schwäche ist. Abu Mazen hat die Intifada für beendet erklärt, wollte die Lebensverhältnisse der PalästinenserInnen verbessern und in Verhandlungen mit Israel treten, doch Israel hat darauf nicht reagiert. Keine Straßenblockade wurde deshalb abgebaut und kein Outpost geräumt. Israel ist zu einem umfassenden Waffenstillstand nicht bereit.

„Die Theorie [einer besonderen Unterstützung für Mahmud Abbas] kommt ein paar Jahre zu spät und geht an der Realität vorbei. Hätten die USA Präsident Mahmud Abbas helfen wollen, dann wäre 2005 die richtige Zeit gewesen, als er die Wahlen gewonnen hatte, zum unbestrittenen palästinensischen Führer avancierte und seinem Volk schwierige Kompromisse hätte verkaufen können. Heute wird Abbas von weit mehr PalästinenserInnen kritisch gesehen, und er ist wesentlich weniger in der Lage, bei wichtigen Entscheidungen einen Konsens herzustellen.“⁶

Ein Eintritt in Endstatus-Verhandlungen ist nicht absehbar. Das einzige Interesse Israels scheint in der Aufrechterhaltung des

⁶ Robert Malley/ Aaron David Miller, „West Bank First: It Won't Work“, in: The Washington Post, 19. Juni 2007.

Status quo zu liegen. Emp(h)atische Rhetorik und Fototerminen ersetzen jedoch keine Politik. Versprechungen (wie der Abbau von Straßensperren und größerer Bewegungsfreiheit), die nicht eingehalten werden (die Zugeständnisse des Ministerpräsidenten wurden vom Generalstab kassiert) machen den Bedachten eher lächerlich; und „Zugeständnisse“ wie die Freilassung von 250 (von ca. 10.000) ausschließlich der Fatah angehörenden Gefangenen ohne jede Konsultation mit dem Präsidenten drohen sein politisches Standing zu beschädigen. Es ist kaum vorstellbar, dass den vermeintlichen Unterstützern von Abu Mazen verborgen bleibt, dass derartige Solidaritätsbekundungen auch kontraproduktiv wirken und sich als Danaergeschenke erweisen können.

Solange sich die Unterstützung für Abu Mazen in Gesten erschöpft, die die Substanz einer Friedensregelung nicht antasten, bleiben Erfolge zweifelhaft. Aktionen zur Stärkung des palästinensischen Präsidenten können nur dann ihren Zweck erreichen, wenn sie für die PalästinenserInnen zum einen zu spürbaren Erleichterungen ihrer Lebenssituation führen und ihnen zum anderen eine politische Perspektive eröffnen.

Zu beidem ist die israelische Regierung zumindest bislang nicht bereit gewesen, und das Nahost-Quartett zeigt keine Neigung, eigene Initiativen zu entwickeln. Solange es jedoch keinen friedenspolitischen Grund für die PalästinenserInnen gibt, Abu Mazen zu wählen, wird eine Stärkung kaum gelingen.

2.3 Fakten, Fakten, Fakten ...

Zur ethnischen Trennungspolitik Israels

Unabhängig von Kriegen und innenpolitischen Krisen setzt die israelische Regierung ihre Politik der ethnischen Trennung und der Schaffung von Fakten im Schatten des Status quo fort. Auch während der Berichtsperiode trieb sie den Bau der völkerrechtswidrigen Sperranlage und die Ausdehnung der illegalen Siedlungen unvermindert voran. Neueste Berichte belegen, dass sie sogar im Jahr des Rückzugs aus dem Gazastreifen und der damit verbundenen Evakuierung von Siedlungen im Gazastreifen und im Norden des Westjordanlands die Zahl der Siedler zu steigern vermochte. Durch diese völkerrechtswidrigen Praktiken wird eine friedliche Konfliktregelung immer schwieriger. Die israelische Politik der ethnischen Trennung in und um Jerusalem ist auch nach Ansicht der in den besetzten Gebieten vertretenen Repräsentanten von EU-Staaten darauf angelegt, die international avisierte Zwei-Staaten-Regelung mit Jerusalem als Hauptstadt auch eines palästinensischen Teilstaats zu erschweren.

„Jerusalem ist bereits eines der komplexesten Probleme auf dem Weg zu einer endgültigen Statusvereinbarung. Aber einige miteinander verknüpfte israelische Maßnahmen verringern die Möglichkeit, eine Endstatus-Vereinbarung für Jerusalem, die

irgendein Palästinenser akzeptieren könnte, zu erreichen. Wir meinen, dass dies eine vorsätzliche israelische Politik ist – die Vollendung der Annexion von Ost-Jerusalem.“⁷

Der in der Region Jerusalem weitgehend fortgeschrittene Mauerbau verändert die Stadt, kappt ihre Verbindungen zum palästinensischen „Hinterland“, zerstört soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge und zerschneidet das soziale Geflecht von Hunderttausenden von PalästinenserInnen.

Die Menschenrechtslage ist weiterhin besorgniserregend. Seit der Entführung eines israelischen Soldaten an der Grenze zum Gazastreifen im Juni des vergangenen Jahres haben Verhaftungsaktionen im großen Stil besonders im Westjordanland erheblich zugenommen. Fast täglich werden in der Nacht in palästinensischen Dörfern und Städten Razzien, Verhaftungen und gezielte Tötungen durchgeführt. Die Aktionen dienen offensichtlich der Vorbereitung eines sich abzeichnenden Gefangenaustausches. Unter den 8.000 bis 10.000 palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen befinden sich derzeit neben einigen Fatah-Abgeordneten ca. 38 der 74 Hamas-Abgeordneten des palästinensischen Parlaments, das damit praktisch handlungsunfähig gemacht worden ist, sowie Hunderte von Hamas-Funktionären.

Vor allem die Abriegelungspolitik der israelischen Regierung trug erheblich zur Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der PalästinenserInnen – vor allem im Gazastreifen – bei. Israel hat sich zwar aus dem Gazastreifen militärisch zurückgezogen, doch immer wieder – auch nach dem Einmarsch im Sommer 2006 – vereinzelte militärische Vorstöße und gezielte Tötungen von vermeintlichen Terroristen vorgenommen und verdächtige Ziele beschossen. Trotz aller Maßnahmen ist es Israel nicht gelungen, den fortdauernden Qassam-Beschuss aus dem Gazastreifen zu unterbinden. Ein ebenfalls ungelöstes Problem ist aus israelischer Sicht der Waffenschmuggel aus Ägypten in den Gazastreifen. Der Unwille der PA und die Unfähigkeit des israelischen Militärs, die Probleme sowohl des Qassam-Beschusses als auch des Waffenschmuggels militärisch zu lösen, waren jedoch bisher nicht Anlass, über politische Lösungen nachzudenken.

Während die internationale Gemeinschaft sich mit erheblichen Mitteln für die Verhinderung einer sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe im Gazastreifen einsetzt, ohne damit in irgendeiner Weise Aussichten auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu begründen, werden die permanenten Menschen- und Völkerrechtsverletzungen hingenommen. Konfliktmanagement heißt hier Verhinderung von Hungertoten. Ein Beitrag zur

⁷ Bericht über die Situation in Ost-Jerusalem der Leiter der diplomatischen Missionen der EU-Staaten in den palästinensischen Gebieten, Nov. 2005, in: Israel & Palästina – Zeitschrift für Dialog, Heft 2/2006

Konfliktlösung würde hier u. a. die Schaffung größerer Bewegungsfreiheit für Menschen und Güter bedeuten.

2.4 „West Bank First“?

Zur neuen friedenspolitischen Strategie

Das politische Desaster der Hamas-Machtergreifung im Gazastreifen wurde flugs in eine große neue Chance für den Friedensprozess umgedeutet und die neue Strategie „West Bank First“ verkündet. Mit massiver finanzieller und politischer Unterstützung soll sich das Westjordanland unter Präsident Abbas nun zu einer blühenden Landschaft entwickeln und der Gazastreifen leer ausgehen. Das palästinensische Volk soll bald sehen, wohin die Wahl von Islamisten führt: zu einem Leben in Isolation, an der Armutsgrenze und unter der Fuchtel islamischer Sittenwächter im Gazastreifen (Hamas-Hölle); während im Westjordanland die Hoffnung, der Frieden und der Wohlstand blühen sollen (Fatah-Paradies). Der islamistische Rumpfstaat zwischen Israel und Ägypten würde bald zusammenbrechen.

Doch dieser neuen Strategie wird wohl ebenso wenig Erfolg beschieden sein wie der vorher verkündeten Parole „Gaza First“, die die Evakuierung von Siedlungen im Gazastreifen und den Rückzug Israels als Anfang von Ende der Besatzung palästinensischer Gebiete durch Israel interpretierte. Auch jetzt ist eher der Wunsch Vater des Gedankens statt einer rationalen Analyse. Zunächst einmal erscheint es zweifelhaft, ob die PalästinenserInnen aufgrund der Entwicklungen von sich aus den Traum eines gemeinsamen Staates auf dem Restterritorium Palästinas aufgeben werden. Hinter der Rede von „Hamastan“ (in Gaza) und „Fatahland“ (Westjordanland) verbirgt sich die (falsche) Vorstellung, das Westjordanland befinde sich fest in den Händen der Fatah. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass bei den Parlamentswahlen Hamas auch dort einen Stimmenvorsprung vor Hamas aufwies. Gewiss wird die israelische Besatzungsmacht eine Machtübernahme von Hamas im Westjordanland nicht zulassen.

„Die fundamentalste Fehlkalkulation von allen ist die Vorstellung, dass es einen Friedensprozess mit einer palästinensischen Regierung geben kann, die Hamas nicht mit einschließt. Hamas ist kein flüchtiges Phänomen, das mit Waffengewalt ausgelöscht werden könnte. Sie ist ein ebenso permanenter Bestandteil der palästinensischen politischen Landschaft wie Fatah.“⁸

Ein von Israel gestütztes, Fatah-dominiertes Westjordanland würde Hamas dort nur in den Untergrund treiben. Der Eindruck, dass Fatah als Erfüllungsgehilfe israelischer und amerikanischer

Politik im Westjordanland fungiert, würde die Sympathien für die Bewegung kaum fördern, die aufgrund von Korruption, Misswirtschaft und Reformunwillen ohnehin schon an Unterstützung verloren hat. Einen etwaigen Friedensprozess zwischen der Fatah-Führung und Israel würde Hamas darüber hinaus mit Gewalt und Terror zu sabotieren versuchen. Scheitern wird diese Strategie jedoch schon an der Weigerung Israels zu substanziellen Zugeständnissen. Warum sollte sie einer geschwächten, zudem verfassungsrechtlich auf wackligen Füßen stehenden Notstandsführung in den Autonomiegebieten Palästinas, genauer: der Hälfte Palästinas, entgegen kommen? Die Erklärung der „territorial entity“ Gaza zur „terrorist entity“ mag politisch opportun sein und zunächst Handlungsdruck mindern, doch zur Lösung irgendwelcher Probleme trägt dies nichts bei.

3. Stillstand und Rückschritt: Zur regionalen Dimension der Demokratie- und Reformbemühungen

Die mit den Wahlen in Ägypten, Libanon, Palästina und Irak 2005 verbundenen Hoffnungen auf einen demokratischen Transformationsprozess in der Region sind der Ernüchterung, ja Enttäuschung gewichen. Islamistisch-fundamentalistische Kräfte gewannen an Einfluss und Bedeutung, nicht zuletzt weil sie sich an Wahlprozessen beteiligten und sich somit systemimmanent um Mehrheiten bemühten. Das Scheitern der Reformbemühungen kann jedoch nicht allein auf „die Islamisten“ zurückgeführt werden. Die Regime in der Region haben sich nicht durch große Reformfreude ausgezeichnet. Auf den Ruf nach umfassenden politischen Reformen wurde von den herrschenden ökonomischen und politischen Eliten rhetorisch flexibel, substanzial aber ablehnend reagiert. Auch ihnen blieb nicht verborgen: Zuviel Reform und Demokratie würden Machtverlust bedeuten! Zudem gefährden Reformen die vermeintliche Stabilität in der Region und die Effizienz des „Kampfes gegen den Terrorismus“ – Argumente, die den Regimen die Unterstützung westlicher Regierungen sichert, sie vor zu großem Reformdruck von außen bewahren und Repression nach innen legitimieren. Das „Reformmomentum“ vom Anfang des Jahrzehnts ist weitgehend verloren gegangen.

„Der Krieg im Libanon hat die Sorgen der Eliten und Bürger in den arabischen Gesellschaften zutiefst verändert. Nach drei Jahren einer beispiellosen politischen Dynamik und Debatten über die Aussichten einer demokratischen Transformation der arabischen Welt ist der arabisch-israelische Konflikt in der öffentlichen Aufmerksamkeit wieder an die erste Stelle gerückt und hat die Frage der Demokratie zurück gedrängt.“⁹

⁸ Henry Siegman/Robert Malley, „Der Hamas-Faktor“, in: International Herald Tribune, 12. Dezember 2006

⁹ Amr Hamzawy, „Die Demokratie ist der große Verlierer“, in: The Daily Star (Beirut), 22. August 2007

In allen Ländern der Region verfügen islamische und islamistische Kräfte als breite soziale und politische Bewegungen (Hizbollah, Hamas, Muslimbruderschaft) über wachsenden Einfluss. Die Existenz „militärischer Flügel“, ihre Militanz und ihr reformfeindliches, antidemokratisches und teilweise gewalttätiges Potential dürfen jedoch nicht den differenzierten Blick auf interne Diskussions- und Veränderungsprozesse verstellen, die in den vergangenen Jahren teil- und zeitweise zu einer Integration dieser politischen Bewegungen in die staatlichen Strukturen geführt haben. Ob diese islamistischen Integrationsstrategien taktischem Kalkül entspringen oder Ausdruck eines echten Demokratisierungsprozesses sind, wird sicherlich nur landesspezifisch zu beantworten sein. Unübersehbar ist jedoch, dass sich in einigen Projektländern islamistisch-fundamentalistische Kräfte „staatsferne“ eigene Herrschaftsräume geschaffen haben, so dass die Region in wachsendem Maße von Problemen fragiler Staatlichkeit gekennzeichnet ist. Das gilt insbesondere auch für Palästina.

Dabei darf die exemplarische Bedeutung der palästinensischen Entwicklung nicht unterschätzt werden: Die mangelnde Akzeptanz des Wahlsiegs einer sich wandelnden Hamas – sowohl innenpolitisch durch die Fatah, als auch außenpolitisch durch die „westliche Welt“ – hat den demokratischen Transformationsprozess in den arabischen Ländern und in den islamischen Bewegungen zurückgeworfen. Auch eine breite Debatte über den Islamismus wird dort kaum geführt, stehen doch zumeist Fragen arabisch-islamischer Identität, der Selbstbehauptung gegen westliche Einflüsse und amerikanische Hegemonieansprüche im Mittelpunkt statt Fragen der Demokratie, Menschenrechte und Toleranz.

Reformwillige Kräfte und Verfechter der Menschenrechte wurden in den letzten Jahren in der Region zwischen autoritären Regimen und islamistischer Opposition zerrieben. Wachsende Repression gegen die Opposition (Jordanien und Ägypten) und eine weitere Fragmentierung (Palästina), wenn nicht gar Zerfall (Kefaya-Bewegung in Ägypten) der demokratisch-säkularen Bewegungen kennzeichnen somit die Situation. Es entstand keine nachhaltige Reformdynamik. Die internationale Gemeinschaft, die in den letzten Jahren noch die Förderung von Reformen und Demokratie im Nahen und Mittleren Osten auf ihre Fahnen geschrieben hatte, zog sich weitgehend zurück, da ein Zielkonflikt zwischen Herstellung regionaler Stabilität und Unterstützung für durchgreifende demokratische Reformprozesse unübersehbar wurde.

Ein wichtiges Thema des (begrenzten) Reform- und Demokratisierungsdiskurses ist in den letzten Jahren die Rolle der Frauen in den arabischen, noch immer weitgehend patriarchal und teilweise auch tribal geprägten Gesellschaften gewesen. Die mangelnde demokratische Partizipation, der ungleiche Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten und ihre gesellschaftliche Diskriminierung bilden weiterhin ein bedeutendes gesellschaftspolitisches Entwicklungshindernis für demokratischen Fortschritt und wirtschaftlichen Wohlstand. Der Arabische Bericht über die menschliche Entwicklung 2005 (erst 2006 erschienen), der sich unter dem Titel Frauen auf dem Weg nach oben in der arabi-

schen Welt im Besonderen der Situation der Frauen widmet, weist darauf hin, dass trotz mancher Fortschritte die Stärkung der Rolle der Frauen von bestimmten sozialen und politischen Kräften in der arabischen Welt noch immer als vom Westen „aufgepfropft“ angesehen wird. Dennoch ist in immer mehr arabischen Staaten die Abschaffung diskriminierender Praktiken und die Schaffung größerer Chancengleichheit für Frauen zu einem politischen Thema geworden.

Meinungsfreiheit und Medienvielfalt haben in der arabischen Welt als fundamentale Bestandteile jedes demokratischen Transformationsprozesses an Bedeutung gewonnen. Zwar sehen sich unabhängige Journalisten noch immer oder wieder staatlichen Repressionsmaßnahmen und den Einschüchterungsversuchen radikaler Organisationen (z. B. im Gazastreifen) ausgesetzt und kritische nationale Medien haben es schwer. Doch angesichts von fortschreitender globaler Vernetzung, von Internet und Satellitenfernsehen lässt sich staatliche Zensur nur noch beschränkt ausüben. Das regimekritische Potential wächst, wenn auch nicht vergessen werden darf, dass die neuen grenzüberschreitenden Kommunikationsmöglichkeiten nicht nur von demokratischen, sondern immer intensiver auch von radikal-fundamentalistischen Kräften genutzt werden.

Von den regionalen Vernetzungsmöglichkeiten haben in den vergangenen Jahren auch viele AktivistInnen und Organisationen der Zivilgesellschaft profitiert. Der grenzüberschreitende regionale Dialog zwischen reformwilligen und demokratisch orientierten Kräften, nicht nur zwischen NROs, sondern z.B. auch Berufsverbänden und Parteien hat – nicht zuletzt durch internationale Unterstützung – zugenommen. Dies hat jedoch nicht verhindern können, dass der „demokratische Vorfrühling“ insbesondere in Palästina und im Libanon nicht von langer Dauer war. Ein gesteigertes Maß an staatlicher Kontrolle und Unterdrückung hat zu dieser Schwächung der Zivilgesellschaften ebenso beigetragen wie äußere Einflüsse.

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen über Reform und Demokratie werden in fast allen Staaten der Region vom ungeklärten Nahostkonflikt überlagert und beeinflusst. Unabhängig von der Frage, ob die Lösung des Nahostkonflikts Voraussetzung für einen nachhaltigen Demokratisierungsprozess in der Region ist oder erst ein demokratisierter Naher Osten zu einer friedlichen Konfliktregelung in der Lage sein wird, bindet doch der Konflikt gesellschaftliche, intellektuelle, politische und finanzielle Ressourcen und prägt die Beziehungen aller Staaten in der Region so stark, dass die Reformfrage von dem Konflikt nicht losgelöst betrachtet werden kann.

Unübersehbar ist, dass alle Demokratisierungsbemühungen westlicher Industriestaaten in den letzten Jahren erheblich an Glaubwürdigkeit verloren haben. So hat nicht nur die weitgehende Unterstützung Israels im Libanon-Krieg die Vorwürfe der Parteilichkeit und Doppelmoral erhärtet. Aus arabischer Sicht ist die amerikanisch-europäische Promotion von Demokratisierungsprozessen in der Region von Hegemoniestreben, der Sicherung des Ressourcenzugangs in der Region und sicherheitspolitischen Überlegungen gekennzeichnet.

Demokratieentwicklung wird – so lautet der Vorwurf – vom Westen nur solange gefördert, wie es dessen politischen Interessen entspricht.

Ausblick: Auf der Suche nach dem Strohalm

Zur Zeit der Abfassung des letztjährigen Politischen Jahresberichts 2005/2006 herrschte im Nahen Osten Krieg. Da dieser beendet ist, kann insoweit eine wesentliche Verbesserung der Lage konstatiert werden. Aber vom nächsten Krieg wird nicht nur ständig geredet, sondern alle bereiten sich auch darauf vor. Selbst wenn im Augenblick keiner der wichtigen politischen Akteure in der Region Interesse an einem neuen Krieg zu haben scheint, so schließt doch kein politischer Beobachter diese Möglichkeit aus, da sich wieder – wie im Sommer 2006 – außerhalb der Kontrolle der Regierungen eine Eigendynamik entwickeln könnte, in der einmal mehr nicht Regierungen, sondern militante, nicht-staatliche politische Akteure faktisch über Krieg und Frieden entscheiden. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass zwischen den meisten Konfliktparteien Sprachlosigkeit herrscht, sich das internationale Engagement in der Region im Allgemeinen auf Konfliktmanagement beschränkt und Konfliktlösung nicht auf der Tagesordnung steht. Unterhalb dieser „Schwelle“ prägen jedoch auf allen Konfliktebenen zunehmend Gewalt, Repression und Drohungen die nahöstliche Realität.

Angesichts dieser Konstellationen ist mit friedenspolitischen Initiativen, mit Dialog und substanzieller Konfliktbearbeitung kaum zu rechnen, zumal sich auch die internationale Gemeinschaft, insbesondere das Nahost-Quartett, auf gemeinsame Aktivitäten nicht einigen kann. Symptomatisch für die Hilf- und Konzeptlosigkeit westlicher Nahostpolitik ist die Absage der geplanten Rede des amerikanischen Präsidenten Bush zum fünften Jahrestag seiner programmatischen Nahostrede vom 24. Juni 2002. Damals wurde Bushs „Vision“ von einer Zwei-Staaten-Regelung im Nahen Osten als Meilenstein bezeichnet. Heute muss festgestellt werden, dass die Entwicklung achtlos an diesem Meilenstein vorbeigezogen ist.

Die israelische Trennungspolitik erschwert die Kontakte zwischen Israelis und Palästinensern immer mehr, so dass Dialogarbeit immer schwieriger wird, zumal auf beiden Seiten das Bedürfnis nach Begegnung und Dialog ohnehin im Schwinden begriffen ist. Die zweite Intifada, palästinensische Terroranschläge und israelische Okkupationspolitik haben tiefe Wunden hinterlassen, die politische Immobilität und Perspektivlosigkeit lähmen, so dass zivilgesellschaftliche Gruppen, die eine friedliche Konfliktbearbeitung in den Mittelpunkt stellen, auf wenig Resonanz stoßen. Auf beiden Seiten des Konflikts wird davon ausgegangen, dass der Gegner eigentlich nur die Sprache der Gewalt versteht und insoweit ein Partner für Frieden und Dialog fehlt.

Die Tragik der politischen Situation liegt in dem Umstand, dass der Stillstand nicht etwa „nur“ einen zeitlichen Aufschub für eine Konfliktregelung bedeutet, sondern dass die israelische Be-

satzungs- und Trennungspolitik eine friedliche Konfliktbearbeitung Tag für Tag schwieriger macht. Es sprechen keine Anzeichen dafür, dass das Nahost-Quartett diese Konfliktdynamik erkannt hat. Die Ernennung des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair zum Nahostbeauftragten des Quartetts gibt auch keinen Anlass zu großer Hoffnung. Blair gilt als Erfüllungsgehilfe amerikanischer Nahostpolitik, die Ernennung des treuesten Verbündeten von Bush im Irak-Krieg als Provokation, zumal sich Blair im Hinblick auf den Nahostkonflikt gerne mit großen Erklärungen hervortat, denen die angekündigten Taten jedoch nicht folgten. Sein Kapital sind die Erfahrungen im zehnjährigen Friedensprozess mit Nordirland, die hoffen lassen, dass er nicht wie sein Vorgänger, der ehemalige Weltbankpräsident James Wolfensohn, schon nach einem Jahr von israelischer Intransigenz in die Flucht geschlagen wird.

Zu wünschen bleibt, dass Blair die Konfliktbeteiligten vor weiteren Illusionen bewahrt. Die Illusion, man könne durch einen Boykott Hamas politisch zum Verschwinden bringen, hat schon zu Bankrott und Bürgerkrieg geführt. Die israelisch-amerikanische Illusion eines Friedens ohne Hamas ist immer noch virulent und wird unter dem Stichwort „West Bank First!“ nun noch um die Illusion ergänzt, man könne mit der Hälfte Palästinas Frieden machen. Israelische Illusionen, ohne Beendigung der Besatzung zu Frieden und Sicherheit gelangen zu können, sollten auch bearbeitet werden. Fatah wäre vor der Illusion zu warnen, dass die Zukunft der Bewegung und eines palästinensischen Staates ohne demokratische Reformen auf Dauer gesichert werden können. Und Hamas gilt es schließlich davon zu überzeugen, dass die Vorstellung von der Schaffung eines palästinensischen Staates ohne Anerkennung Israels eine gefährliche Illusion ist.